

**Satzung
der Ortsgemeinde Eppenbrunn
zur Erhebung von wiederkehrenden Beiträgen (WKB)
für den Ausbau von Verkehrsanlagen
(Ausbaubeitragssatzung wiederkehrende Beiträge)
vom 12. November 2008**

Der Gemeinderat der Ortsgemeinde Eppenbrunn hat aufgrund des § 24 der Gemeindeordnung (GemO) und der §§ 2 Absätze 1, 7, 10 und 10a des Kommunalabgabengesetzes (KAG) folgende Satzung beschlossen, die hiermit bekannt gemacht wird:

Inhalt

Anlage 1: Begründung Aufteilung Abrechnungseinheiten	1
§ 1 Art und Umfang der Beitragserhebung	1
§ 2 Beitragsfähige Verkehrsanlagen	2
§ 3 Ermittlungsgebiet, Art der Abrechnung	2
§ 4 Beitragssatz	3
§ 5 Beitragspflichtige Grundstücke	3
§ 6 Gemeindeanteil	3
§ 7 Beitragsmaßstab	3
§ 8 Eckgrundstücke und durchlaufende Grundstücke	6
§ 10 Vorausleistungen	6
§ 11 Beitragsschuldner	6
§ 12 Festsetzung und Fälligkeit	6
§ 13 Übergangs- beziehungsweise Verschonungsregelung	6
§ 14 Öffentliche Last	7
§ 15 Inkrafttreten	7
1 Eingearbeitet:	7
Anlage 1 zur 3. Änderungssatzung vom 09.02.2021 zur Erhebung von wiederkehrenden Beiträgen für den Ausbau von Verkehrsanlagen der Ortsgemeinde Eppenbrunn vom 12.11.2008	8

Anlage 1: Begründung Aufteilung Abrechnungseinheiten

§ 1 Art und Umfang der Beitragserhebung

(1) Die Gemeinde erhebt wiederkehrende Beiträge für die Herstellung und den Ausbau von öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen (Verkehrsanlagen) nach dem KAG und dieser Satzung.

(2) Ausbaubeiträge werden erhoben für alle Maßnahmen an Verkehrsanlagen, die der Erneuerung, der Erweiterung, dem Umbau oder der Verbesserung dienen.

- a) „Erneuerung“ ist die Wiederherstellung einer vorhandenen, ganz oder teilweise unbrauchbaren, abgenutzten oder schadhaften Anlage in einen dem regelmäßigen Verkehrsbedürfnis genügenden Zustand.
- b) „Erweiterung“ ist jede flächenmäßige Vergrößerung einer fertiggestellten Anlage oder deren Ergänzung durch weitere Teile.
- c) „Umbau“ ist jede nachhaltige technische Veränderung an der Verkehrsanlage.
- d) „Verbesserung“ sind alle Maßnahmen zur Hebung der Funktion, der Änderung der Verkehrsbedeutung im Sinne der Hervorhebung des Anliegervorteils, sowie der Beschaffenheit und Leistungsfähigkeit einer Anlage.

(3) Die Bestimmungen dieser Satzung gelten nicht, soweit Kostenerstattungsbeträge nach §§ 135 a-c Baugesetzbuch zu erheben sind.

(4) Die Bestimmungen dieser Satzung gelten auch für die Herstellung von Verkehrsanlagen, die nicht nach dem Baugesetzbuch beitragsfähig sind.

(5) Ausbaubeiträge nach dieser Satzung werden nicht erhoben, wenn die Kosten der Beitragserhebung außer Verhältnis zu dem erwartenden Beitragsaufkommen stehen.

§ 2 Beitragsfähige Verkehrsanlagen

(1) Beitragsfähig ist der Aufwand für die öffentlichen Straßen, Wege und Plätze. Sofern der Kreis der beitragspflichtigen Grundstücke abgrenzbar ist, sind zudem beitragsfähig die selbständigen Parkflächen, Grünanlagen, sowie selbständigen Fuß- und Radwege.

(2) Nicht beitragsfähig ist der Aufwand für Brückenbauwerke, Tunnels und Unterführungen mit den dazugehörigen Rampen, mit Ausnahme des Aufwands für Fahrbahndecke und Fußwegbelags.

§3 Ermittlungsgebiet, Art der Abrechnung

(1) Sämtliche zum Anbau bestimmte Verkehrsanlagen des Gemeindegebietes der Gemeinde Eppenbrunn bilden als einheitliche öffentliche Einrichtung das Ermittlungsgebiet (Abrechnungseinheit).

Die Begründung für die Ausgestaltung der einheitlichen öffentlichen Einrichtung ist dieser Satzung als Anlage 1 beigelegt.

(2) Der beitragsfähige Aufwand wird nach dem Durchschnitt der im Zeitraum von 5 Jahren (Kalkulationszeitraum) zu erwartenden Investitionsaufwendungen errechnet.

(3) Weichen nach Ablauf dieses Zeitraumes die tatsächlichen von den im Durchschnitt erwarteten Investitionsaufwendungen ab, so ist das Beitragsaufkommen in den folgenden Jahren auszugleichen. Der Ausgleich erfolgt durch Übertragung des Fehlbetrages (-) beziehungsweise des Überschusses (+) in den neuen Abrechnungszeitraum.

§ 4 Beitragssatz

Der Beitragssatz wird für den Zeitraum nach § 3 Absatz 2 ermittelt und durch Gemeinderatsbeschluss festgestellt.

§ 5 Beitragspflichtige Grundstücke

Der Beitragspflicht unterliegen alle baulich, gewerblich, industriell oder in ähnlicher Weise nutzbaren Grundstücke, die die rechtliche und tatsächliche Möglichkeit einer Zufahrt oder eines Zugangs zu einer Verkehrsanlage in der Abrechnungseinheit haben (Verkehrsanlagen in der Ortsgemeinde)

§ 6 Gemeindeanteil

Der Gemeindeanteil beträgt 30 %.

§ 7 Beitragsmaßstab

(1) Maßstab ist die Grundstücksfläche mit Zuschlägen für Vollgeschosse.

Die Zuschläge je Vollgeschoss werden wie folgt festgesetzt:

- a) Bei einer Bebaubarkeit bis zu zwei Vollgeschossen 30%.
- b) Für jedes weitere Vollgeschoss 15%.

(2) Als Grundstücksfläche nach Absatz 1 gilt:

1. In beplanten Gebieten die überplante Grundstücksfläche. Ist das Grundstück nur teilweise überplant und ist der unbeplante Grundstücksteil dem Innenbereich nach § 34 BauGB zuzuordnen, gilt als Grundstücksfläche die Fläche des Buchgrundstücks. Nummer 3 ist gegebenenfalls entsprechend anzuwenden.
2. Liegen Grundstücke innerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteiles (§ 34 BauGB), sind zu berücksichtigen:
 - a) Bei Grundstücken, die an eine Verkehrsanlage angrenzen, die Fläche von dieser bis zu einer Tiefe von 35 m (Tiefenbegrenzung),
 - b) bei Grundstücken, die nicht an eine Verkehrsanlage angrenzen, mit dieser aber durch einen eigenen Weg oder durch einen Zugang verbunden sind (Hinterliegergrundstück), die Fläche von der zu der Verkehrsanlage hin liegenden Grundstücksseite bis zu einer Tiefe von 35m. Grundstücksteile, die ausschließlich eine wegemäßige Verbindung darstellen, bleiben bei der Bestimmung der Grundstückstiefe nach a) und b) unberücksichtigt.
 - c) Wird ein Grundstück jenseits der in a) und b) angeordneten Tiefenbegrenzungslinie tatsächlich baulich, gewerblich, industriell oder ähnlich genutzt, so verschiebt sich die Tiefenbegrenzungslinie zur hinteren Grenze der tatsächlichen Nutzung.
3. Bei Grundstücken, für die im Bebauungsplan die Nutzung als Sportplatz, Freibad, Freizeitpark, Festplatz, Campingplatz, Friedhof, oder vergleichbare Nutzung festgesetzt ist, die Fläche des im Geltungsbereich des Bebauungsplanes liegenden Grundstückes oder Grundstücksteiles, vervielfacht mit 0,5.

Bei Grundstücken, die innerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteiles (§ 34 BauGB) tatsächlich so genutzt werden (siehe Satz 1), die Fläche des Grundstückes, vervielfacht mit 0,5.

(3) Für die Zahl der Vollgeschosse nach Absatz 1 gilt:

1. Für beplante Grundstücke wird die im Bebauungsplan festgesetzte höchstzulässige Zahl der Vollgeschosse zugrunde gelegt.
2. Bei Grundstücken, für die im Bebauungsplan nicht die Zahl der Vollgeschosse, sondern nur eine Baumassenzahl festgesetzt ist, gilt die durch 3,5 geteilte höchstzulässige Baumassenzahl.
Ist eine Baumassenzahl nicht festgesetzt, dafür aber die Höhe der baulichen Anlagen in Form der Trauf- oder Firsthöhe, so gilt die durch 3,5 geteilte höchstzulässige Trauf- oder Firsthöhe. Sind beide Höhen festgesetzt, so gilt die höchstzulässige Traufhöhe. Soweit der Bebauungsplan keine Festsetzungen trifft, gilt als Traufhöhe der Schnittpunkt der Außenseite der Dachhaut mit der seitlichen Außenwand. Die Höhe ist in der Gebäudemitte zu messen. Bruchzahlen werden auf volle Zahlen auf- oder abgerundet.
3. Soweit **kein Bebauungsplan** besteht, gilt
 - a) die Zahl der auf den Grundstücken der näheren Umgebung überwiegend vorhandenen Vollgeschosse. Ist ein Grundstück bereits bebaut oder ist die dabei tatsächlich verwirklichte Vollgeschossezahl höher als die in der näheren Umgebung, so ist die tatsächlich verwirklichte Vollgeschossezahl zugrunde zu legen.
 - b) Bei Grundstücken, die mit einer Kirche bebaut sind, die Zahl von zwei Vollgeschossen. Dies gilt für Türme, die nicht Wohnzwecken, gewerblichen oder industriellen Zwecken oder einer freiberuflichen Nutzung dienen, entsprechend.
4. Ist nach den Nummern 1 bis 4 eine Vollgeschossezahl nicht feststellbar, so ist die tatsächlich vorhandene Traufhöhe, geteilt durch 3,5 anzusetzen, wobei Bruchzahlen auf ganze Zahlen auf- und abzurunden sind.
5. Bei Grundstücken, für die im Bebauungsplan eine sonstige Nutzung festgesetzt ist, oder die außerhalb von Bebauungsplangebieten tatsächlich so genutzt werden (zum Beispiel Sport-, Fest- und Campingplätze, Freibäder, Friedhöfe), wird bei vorhandener Bebauung die tatsächliche Zahl der Vollgeschosse angesetzt. Sind diese Grundstücke nicht bebaut, wird ein Vollgeschoss angesetzt.
6. Bei Grundstücken, auf denen nur Garagen oder Stellplätze errichtet werden dürfen, wird **ein** Vollgeschoss angesetzt.
7. Bei Grundstücken, die im Geltungsbereich von Satzungen nach § 34 Absatz 4 BauGB liegen, werden zur Ermittlung der Beitragsflächen die Vorschriften entsprechend angewandt, wie sie bestehen für
 - a) Grundstücke in Bebauungsplangebieten, wenn in der Satzung Bestimmungen über das zulässige Nutzungsmaß getroffen sind.
 - b) unbeplante Grundstücke, wenn die Satzung keine Bestimmungen über das zulässige Nutzungsmaß enthält.
8. Die Zahl der tatsächlich vorhandenen oder sich durch Umrechnung ergebenden Vollgeschosse gilt, wenn sie höher ist als die Zahl der Vollgeschosse nach den

vorstehenden Regelungen. Sind auf einem Grundstück mehrere Gebäude mit unterschiedlicher Zahl von Vollgeschossen zulässig oder vorhanden, gilt die bei der überwiegenden Baumasse vorhandene Zahl.

(4) In Kern-, Gewerbe- und Industriegebieten werden die nach Absatz 1 bis 3 ermittelten Maßstabsdaten um 20 % erhöht. Das Gleiche gilt für ausschließlich gewerblich, industriell oder in ähnlicher Weise genutzter Grundstücke in sonstigen Gebieten.

Bei teilweise gewerblich, industriell oder in ähnlicher Weise genutzten Grundstücken (gemischt genutzte Grundstücke; Wohn und Geschäftsgrundstück) erhöhen sich die Maßstabsdaten um 10 %.

§ 8 Eckgrundstücke und durchlaufende Grundstücke

(1) Grundstücke, die sowohl von einer nach § 13 dieser Satzung verschonten Verkehrsanlage erschlossen sind als auch von einer oder mehreren weiteren Verkehrsanlage(n) der Abrechnungseinheit erschlossen sind, werden nur mit 50 % ihrer gewichteten Grundstücksfläche angesetzt.

(2) Kommt für eine oder mehrere der Verkehrsanlagen nach Absatz 1 die Tiefenbegrenzung nach § 6 Absatz 2 dieser Satzung zur Anwendung, gilt die Regelung des Absatzes 1 nur für die sich überschneidenden Grundstücksteile. § 9 Entstehung des Beitragsanspruchs Der Beitragsanspruch entsteht mit Ablauf des 31. Dezember für das abgelaufene Jahr.

§ 10 Vorausleistungen

(1) Ab Beginn eines Kalkulationszeitraumes können von der Gemeinde Vorausleistungen auf wiederkehrende Beiträge erhoben werden.

(2) Die Vorausleistungen werden nach der voraussichtlichen jährlichen Beitragshöhe entsprechend der Kalkulation bemessen.

§ 11 Beitragsschuldner

(1) Beitragsschuldner ist, wer im Zeitpunkt der Bekanntgabe des Beitragsbescheides Eigentümer oder dinglich Nutzungsberechtigter des Grundstückes ist.

(2) Mehrere Beitragsschuldner sind Gesamtschuldner.

§12 Festsetzung und Fälligkeit

(1) Der wiederkehrende Beitrag wird durch Bescheid festgesetzt und einen Monat nach Bekanntgabe des Bescheides fällig.

(2) Der festgesetzte Beitrag kann durch Beschluss des Gemeinderates in Raten aufgeteilt werden.

§13 Übergangs- beziehungsweise Verschonungsregelung

(1) Gemäß § 10a Absatz 6 KAG wird festgelegt, dass Grundstücke, vorbehaltlich § 8 Absätze 1 und 2 dieser Satzung, erstmals bei der Ermittlung des wiederkehrenden Beitrages berücksichtigt und beitragspflichtig werden, nach

- a) 20 Jahren bei kompletter Herstellung der Verkehrsanlage,
- b) 15 Jahren bei Herstellung der Fahrbahn,
- c) 10 Jahren bei Herstellung des Gehweges,

- d) 5 Jahren bei Herstellung der Beleuchtung beziehungsweise durchgeführten Veranlagungen für Grunderwerb, Straßenoberflächenentwässerungskosten oder anderer Teilanlagen.

Die Übergangsregelung bei Maßnahmen nach den Buchstaben a) bis d) gilt auch bei der Erneuerung, der Erweiterung, dem Umbau und der Verbesserung von Verkehrsanlagen. Erfassen eine oder mehrere Maßnahmen mehrere Teileinrichtungen, so findet eine Addition der unter den Buchstaben b) bis d) nicht statt; es gilt dann die jeweils erreichte höchste Verschonungsdauer.

Die Übergangsregelung beginnt jeweils zu dem Zeitpunkt, in dem die sachlichen Beitragspflichten für die Erschließungsbeiträge nach dem BauGB beziehungsweise für die Ausbaubeiträge nach dem KAG entstanden sind.

(2) Erfolgte die Herstellung der Verkehrsanlage aufgrund von Verträgen (insbesondere Erschließungsverträge), so wird gemäß § 10 a Absatz 6 Satz 1 KAG die Verschonungsdauer auf 20 Jahre festgesetzt.

Die Übergangsregelung gilt ab dem Zeitpunkt, in dem Prüfung der Abrechnung der vertraglichen Leistung und die Widmung der Verkehrsanlage erfolgt sind.

§ 14 Öffentliche Last

Der wiederkehrende Straßenausbaubeitrag liegt als öffentliche Last auf dem Grundstück.

§ 15 Inkrafttreten

Die Satzung tritt rückwirkend zum 01.01.2008 in Kraft.

Eppenbrunn, 12. November 2008

Thomas Iraschko, Ortsbürgermeister

1 Eingearbeitet:

1. Änderungssatzung vom 29.04.2013 zur Satzung der Ortsgemeinde Eppenbrunn zur Erhebung von wiederkehrenden Beiträgen (WKB) für den Ausbau von Verkehrsanlagen vom 12.11.2008
2. Änderungssatzung vom 06.06.2016 zur Satzung der Ortsgemeinde Eppenbrunn zur Erhebung von wiederkehrenden Beiträgen (WKB) für den Ausbau von Verkehrsanlagen vom 12.11.2008
3. Änderungssatzung vom 09.02.2021 zur Satzung der Ortsgemeinde Eppenbrunn zur Erhebung von wiederkehrenden Beiträgen (WKB) für den Ausbau von Verkehrsanlagen vom 12.11.2008

Anlage 1 zur 3. Änderungssatzung vom 09.02.2021 zur Erhebung von wiederkehrenden Beiträgen für den Ausbau von Verkehrsanlagen der Ortsgemeinde Eppenbrunn vom 12.11.2008

Aus den unten genannten Gründen hat sich der Gemeinderat Eppenbrunn unter Wahrnehmung seines kommunalen Selbstverwaltungsrechts dazu entschlossen, dass sämtliche zum Anbau bestimmte Verkehrsanlagen des Gemeindegebietes der Gemeinde Eppenbrunn eine einheitliche öffentliche Einrichtung des Ermittlungsgebiet (Abrechnungseinheit) bilden.

Begründung für die Ausgestaltung der einheitlichen öffentlichen Einrichtung (Abrechnungseinheit).

Im Gebiet der Ortsgemeinde Eppenbrunn liegen die zur Bildung von einer Abrechnungseinheit erforderlichen besonderen örtlichen Gegebenheiten vor. Als Grundlage für die Erhebung wiederkehrender Beiträge wird im Sinne des § 10 a Absatz 1 Satz 3 KAG durch Satzung eine einheitliche Einrichtung festgelegt, die durch das Zusammenfassen mehrerer, in einem abgrenzbaren und räumlich zusammenhängenden Gebietsteil liegender Verkehrsanlagen des Gemeindegebietes gebildet werden. Gemäß § 10 a Absatz 1 Satz 6 KAG kann die Bildung einer einheitlichen öffentlichen Einrichtung durch Zusammenfassen aller Verkehrsanlagen einer Gemeinde erfolgen, wenn diese aufgrund des zusammenhängenden Gemeindegebietes in ihrer Gesamtheit den einzelnen Grundstücken die Anbindung an das inner- und überörtliche Straßennetz vermitteln. Ein räumlicher Zusammenhang wird in der Regel nicht durch Außenbereichsflächen von untergeordnetem Ausmaß oder topographische Merkmale wie Flüsse, Bahnanlagen oder klassifizierte Straßen, die nur mit großem Aufwand gequert werden können, aufgehoben. In der Ortsgemeinde Eppenbrunn stellt sich eine solche aus den vorgenannten Gründen relevante Zäsur jedoch nicht dar. Da die Ortsgemeinde Eppenbrunn lediglich circa 1.300 Einwohner hat, wird der vom Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz in der ständigen Rechtsprechung (bisher) verankerte Orientierungswert von 3.000 Einwohnern bezüglich der Verpflichtung einer Aufteilung in mehrere Abrechnungseinheiten deutlich unterschritten. Unabhängig davon, dass hinsichtlich der möglichen Größe der Abrechnungsgebiete es nun erklärter Wille des Gesetzgebers ist (siehe auch Gesetzesbegründung zur Änderung des § 10a des KAG vom 05.05.2020), dass auch größere Abrechnungsgebiete möglich sein sollen, die deutlich über die 3.000 Einwohner hinausgehen.